

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, Fernverkehr Amt Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 12 Pfennig Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preis: 20 Pfennig, Familien-Anzeiger: 10 Pfennig, 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] . Nr 527

SONNABEND, 7. NOVEMBER 1931

ABEND-AUSGABE

Osthilfe durch Notverordnung

Ohne Preußen, aber mit Unterstützung der Landesbehörden

Amlich wird mitgeteilt: Nachdem die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Landesregierung und innerlich der Reichsregierung über die Umgestaltung der Osthilfe zum vorläufigen Abschluss gelangt sind, sind die sich daraus ergebenden Änderungen des Osthilfegesetzes durch eine Verordnung des Reichspräsidenten zur Einarbeitung der Osthilfe auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung vorgenommen worden.

*

Die Verordnung enthält weniger als nach den vorangegangenen lebhaften Erörterungen über die Umgestaltung der Osthilfe zu erwarten und wohl auch von der Reichsregierung beabsichtigt war. Sie zieht zunächst nur die formellen Folgen aus dem vereinbarten Abstrich über die Osthilfe aus dem bisherigen Osthilfegesetz. Es handelt sich um drei Fragen, die geregelt wurden.

Die erste Frage betrifft die Lösung der preussischen Staatsregierung aus dem durch die frühere Gesetzgebung gegebenen Komplex. Das frühere Osthilfegesetz hat bei allen wichtigen Maßnahmen der Reichsregierung oder der Osthilfe ein Einvernehmen mit Preußen vorgelesen. Ohne das preussische Einvernehmen konnten weder die maßgeblichen Richtlinien erlassen noch durchgeführt werden. Ebenso war die Erfüllung des Apparats und der Personalien an die Zustimmung Preußens gebunden. Auf dieser Komplexität beruhte auch die Doppelkonstruktion der Osthilfe, in der ein vom Reich bestellter Osthilfeminister in der Person des Ministers Treviranus und ein von Preußen bestellter Kommissar in der Person des Ministers Hirtfelder mit gleichen Rechten und nur mit gemeinsamer Zeichnungsbefugnis walteten. Der Paragrafenhaushalt der ersten Bestimmung der neuen Verordnung besagt nun nichts anderes, als daß alle jene Stellen nunmehr abgeändert sind, in denen bisher das Einvernehmen Preußens vorgelesen war. An seine Stelle tritt lediglich eine unverbindliche Pflicht zur Anhörung.

Die zweite Frage galt der Einarbeitung der Arbeit des Apparats, der auch nach dem Ausscheiden Preußens aus der Osthilfe nicht ohne die Unterstützung des preussischen Behördenunterbaus arbeitsfähig wäre. Der preussische Ministerpräsident hatte dem Reichspräsident bereits bei den Verhandlungen bereitwillig die ungeschweherte Unterstützung der Osthilfe durch die preussischen Behörden auch nach dem Austritt Preußens aus der Zentralstelle zugesagt. Dementsprechend

sieht die neue Verordnung die Pflicht der Verwaltungsoffiziere für die Landes- und Gemeindebehörden vor. Die Osthilfe wird damit im staatsrechtlichen Sinne zwar noch nicht zu einer Reichsstaatsverwaltung, doch ist in praktischer Hinsicht eine unmittelbare wirksame Exekutive gleichsam einer neuen Reichsstaatsverwaltung festgestellt. Der Qualitätsminister-Präsident, der Kanzler und Ministerpräsident aus der Arbeit der Osthilfe entlassen werden, ist tatsächlich entsetzt. Die letzte Bestimmung enthält schließlich die finanzielle Gegenleistung des Reiches für den preussischen Verdienst. Es ist keine Gegenleistung in bar, denn bereits erlassene Ausgaben können nicht zurückgegeben werden. Wohl aber werden den Preußen und die beteiligten Provinzen von allen Vermögenswerten freigestellt, die sie im Laufe der vergangenen drei Finanzjahre seit dem Jahre 1927 übernommen haben. Für die Provinzen entsteht in Anbetracht ihrer gesparten Finanzlage dadurch eine sehr wertvolle und unmittelbare wirtschaftliche Entlastung ihres finanziellen Nistens. Sie waren mit 20 v. S. an den Vermögenswerten beteiligt. Ebenso ist aber auch für den preussischen Etat die Entlastung aus dem zurückliegenden und zukünftigen Wirtschaftsjahr nicht unwesentlich. Es handelt sich hier um Summen, die etwa um die 200-Millionengrenze liegen.

Ein Wort noch über das, was nicht in der Verordnung steht. Die Verordnung enthält zunächst keinerlei Bestimmung über die Neuregelung des Verhältnisses der Osthilfe und der Landstellen zur Indubritanz. Auch hier hat sich in der praktischen Arbeit ein Dualismus sehr lebend bemerkbar gemacht. Es bestand darum auch ursprünglich die Absicht, die Stellung der Indubritanz, die bisher eine Schlüsselstellung in den Verfahren innehatte, grundlegend zu ändern. Sie sollte ihrer bisherigen Selbständigkeit entleert und den Befugnissen der Landstellen unterstellt werden. Wenn von dieser Neuregelung jetzt Abstand genommen werden ist, so deutet das daraufhin, daß sich offenbar sehr starke Widerstände bei den hinter der Indubritanz stehenden Kreisen bemerkbar machten.

Ferner enthält die neue Verordnung auch nichts über einen neuen Rangsoffiziersgesetz, der ursprünglich ebenfalls erlassen werden sollte und über die Abänderung des bisherigen Umwandlungsverfahrens überhaup. Preußen hat also für den neuen System im Osthilfegesetz zwar den Weg frei gemacht. Aber es ist noch nicht ersichtlich, wohin dieser Weg führen soll.

Dr. H. W.

Neuer Appell Briands

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 7. NOVEMBER

Staatspräsident Briand hat, wie jetzt erst bekanntgegeben wird, auf das chinesische Ersuchen von vorgestern abend hin, bereits gestern an die Regierungen Chinas und Japans einen dringenden telegraphischen Appell gerichtet. Er ermahnt beide Regierungen angesichts der Ausdehnung des Zwischenfalls nach der nördlichen Mandchurien hin auch des Erlasses der Beschlüsse, die über diese Zwischenfälle sowohl von der chinesischen wie auch von der japanischen Regierung gemeldet werden, an die von ihnen vor der ganzen Welt abgegebene Zusage, alles zu tun, um eine Verfestigung der Situation in der Mandchurien zu verhindern.

„Der Rat hat von diesen feierlichen Verpflichtungen — so führt das Telegramm fort — in seiner Sitzung vom 30. September Kenntnis genommen. Um diese Verpflichtungen zu erfüllen, scheint es mir gegenwärtig notwendig, daß beide Regierungen unverzüglich den Kommandanten ihrer Streitkräfte solche Instruktionen geben, die jede Möglichkeit blutiger Zusammenstöße zwischen chinesischen und japanischen Truppen ausschließen, weil neue ernste Zwischenfälle die Fortführung der Bemühungen des Rates zur Aufrechter-

haltung des Friedens und zur friedlichen Regelung des Streitfalles immer schwieriger gestalten müßten.“

Am Nachmittag wird eine besondere Note Briands an die japanische Regierung veröffentlicht werden, die eine Verantwortung der letzten japanischen Mitteilungen darstellen soll.

Grandi nach Amerika abgereift

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MILAN, 7. NOVEMBER

Der italienische Minister des Auswärtigen, Grandi, ist nach einer langen Unterredung mit Mussolini über seine Washingtoner Mission mit seinen Begleitern heute vormittag zur Einschiffung auf dem Dampfer „Conte Grande“ nach Neapel abgereift.

*

Einwohner ist auf der Rückreise von Angola in Benig ein getroffen und soll die Absicht haben, sich einige Tage in Florenz aufzuhalten. Amlich wird erklärt, daß der russische Außenminister sich rein privat in Italien aufhalte und nicht mit Vertretern der Regierung in Fühlung kommen werde.

Bizilcourage!

Nachwort zum Fall Dehn

HALLE (SAALE), 7. NOVEMBER

Die Fassung besetzt: Der Universitätsrat hat sich ein Ende genommen, das für eine friedliche Beilegung die einzig mögliche Lösung darstellt. Die Dehnung ist wieder hergestellt. Die akademischen Bürger werden, statt zu randalisieren, wieder studieren, soweit sie überhaupt mit dieser Absicht nach Halle gekommen sind, und Professor Dehn wird unangefochten sein Kolleg sein können.

Aber es bleibt ein peinlicher Fleck für alle Beteiligten. Der Rektor und die Professoren, die sich in tagelangen, aufreibenden Verhandlungen bemühten, die Führer der Studentenchaft zur Vernunft zu bringen, werden diesen bitteren Nachgeschmack am härtesten verspüren. Was ist dies für ein akademischer Nachdruck, der sich so befehlungslos ohne jede kritische Prüfung und Selbstverantwortung der Sache eigener Parteigänger auslässt, deren geistiges Ministerformat den Saugerhalt schon hinführenden Unwissenheit? Wäre diese ganze Affäre frei erfunden worden, mit dem gleichen Verlesensregister, als ein Beispiel, als eine böswillige Karikatur deren, was sich heute Studentenpolitik nennt, so hätte man diese abgemachte Stompe als unmöglich abgelehnt. Daß sie möglich wurde und beinahe bis zum äußersten, bis zur Schließung der Universität getrieben worden ist, wird die Weisheit der Studentenchaft nachträglich selbst mit Bedauern empfinden, mag sie politisch heilen, wie sie will. Das nötige Reueingeständnis kann sie in ihrem eigenen Interesse nicht umgehen. Vor allem wird sie sich für eine „Führung“ bedauern müssen, deren einziges Attribut die Teilerschaft war, und die sich bis zu dem peinlichen, entwürdigenden Moment, wo eine geistige Auseinandersetzung möglich wurde, im Grunde genommen nur „großartig amüsiert“ hat.

Wenn auch die letzte Entscheidung für den Abbruch des Kampfes vermutlich aus einer Stellung der Mündere Parteiführung hervorging, darf doch die Rolle, die die Korporationen dabei spielten, nicht übersehen werden. Schon als die sogenannte „Studentenchaft“ zu Beginn des Autumns den Abschied nach Leipzig und Jena profanierte, war es der Einfluss der die Korporationsinteressen beorgten Hochschulräte, der die Selbstverpflichtung, das härteste Warnungssignal gegen dann die Vorgänge am Mittwochabend auf dem Universitätsplatz, als bei diesen Gelegenheiten plötzlich seltsame kommunistische und nationalsozialistische Gestalten unter den Studenten auftauchten — „Hilf zu Hülfe“, mit einer der studentischen Demonstrationen der Schwandauer zu hören bekam. Da kam es den Korporationen zum Bewusstsein, daß eine Fortsetzung des Strömens zwangsläufig zu ihrer Selbstpreisgabe führen müsse. Sie mögen also erkannt haben, welchen Abstieg von der ganzen Tradition und dem Erziehungsprinzip des Verbindungsweins sie in dieser „Reinigungsgemeinschaft“ antreten müßten. Ebenfalls wurde sofort auf Beschluß des Hochschulrates in der Korporativen eine Beteiligung an weiteren Demonstrationen unterlag. Auch für die ehedemige Einstellung der Studenten fiel diese Abwehrstimmung der Korporationen hinsichtlich hart ins Gewicht.

Die klagliche Haltung der Hochschulräte, vor allem des nationalsozialistischen Studentenschaftsleiters Boerner — ein Produkt der Aera Fick in Jena —, der vor jeder löschlichen Ausrede zurückwich und schließlich mit einer bombastischen Kampfanlage gegen den Rektor die Kapitalisation zu verdienen suchte, hat auf alle bedenken Elemente der Studentenchaft aufklärend gewirkt. Schon heute wird in Korporationskreisen von der Notwendigkeit einer Neuwahl zum Hochschulrat und der Erneuerung des Ausschusses gesprochen. Wenn es dazu kommt, werden die Verbindungen dafür zu sorgen wissen, daß wenigstens ihre gewählten Vertreter die eigenen Interessen wahrnehmen und nicht lediglich als Befehlsempfänger fungieren.

Was im ganzen genommen ein Sieg der Vernunft? So sieht man das Ergebnis in Halle. Der Rektor ist gelassen, es durch einen diesen Schritt unter die ganze Affäre zu bekräftigen, und seine Disziplinarempfehlungen einzuhalten, wenn künftighin die Ruhe gewahrt bleibt. Das man vielleicht taktisch nicht richtig ist. Aber für die Strategie der Hochschulpolitik gelten doch auch andere Gesichtspunkte. Vor allem müßte die Dozentenchaft an allen bedenklichen Hochschulen endlich auf die Einsicht kommen, daß die Passivität gegenüber der zunehmenden Radikalisierung ihrer Studenten den wahren Aufgaben der akademischen Erziehung nicht mehr entspricht. Nicht als ob wir damit politische Propaganda im Sinne irgendwelchen Parteiprogramms das Wort reden wollen. Nur tut allen die systematische Anweisung zu selbstän-

bigem politischen Denken, die Ausbildung der kritischen Fähigkeiten, die Vermittlung eines fundierten, staatsbürgerlichen Wissensstandes, auch für die Studenten zu deren hoch die Staatslehre nicht gehört. Die Stärkung des Verantwortungsbewußtseins unter der Studentenleitung und der Sinn für wirkliche abstrakte Lösung mußte sich daraus von selbst ergeben. Die allein wirksame Kraft kann freilich nur das Vorbild eines solchen persönlichen Einflusses geben.

Der Beschluß, und nicht nur ihnen, fehlt es an der Zivilcourage. Auf diese muß die Frau Dehn den schlagenen Beweis. Der ganze Dehn gegen die im Grunde ihres Wesens völlig unpolitischen Mann, deren angelegene Friedensgenossin nur dem Befehl eines ihrer christlichen Mitbedingung eintritt, wäre von Anfang an der Dehn entgegen, wenn die feinerzeit mit der Unterleitung beauftragten höchsten Stellen Dehn zu einem eindeutigen Urteil gelangt wären. Das hiesige hiesige Konflikt hat feinerzeit über das Resultat seiner Feststellungen, das die Schuldlosigkeit Dehns ergab und lediglich ein Mißverständnis seiner Aussagen bei den Hören voraussetzte, eine Darstellung in dreifacher Variation gegeben. Dehn selbst wurde wegen aller überprüfter Formulierungen ein leichter Beweis erteilt, mit der Mahnung, seine Worte künftig besser zu wählen. Den beiden Frauen gegenüber, die die Anzeige gegen Dehn erstattet hatten, wurde tiefes Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und damit indirekt die Verantwortung Dehn habe an den Gestaltungen gegenüber dem Ausdruck „Wörter“ gebraucht, am Leben erhalten.

Schließlich wurde in einem Befehl, der an den Oberlehrer und später in ähnlicher Form an die Reichsregierung theologische Fakultät ging, ausdrücklich festgelegt, Dehn könne diesen Ausdruck überhaupt nicht in diesem Sinn und Zusammenhang gebraucht haben. Braucht man sich zu wundern, daß es den nationalen „Ehrenretter“ danach möglich war, ihren Verdammungsfeldung gegen Dehn Mann durchzuführen?

Professor Dehn ist inzwischen rehabilitiert worden, vor allem durch den Abgedruckten Generalinspektorenbericht, der ihm auf dem Hamburger Richtertag seine volle Achtung auspricht. Auch in dem Universitätskonflikt haben alle verantwortlichen Stellen, besonders der Rektor Professor Rubin selbst, ihren Mann gehalten. Diese Festigkeit hat zum Ziel geführt, weil sie auch moralisch auf die Studenten Eindruck machte.

Das Beispiel, das hier in Halle statuiert wurde, behält nur die allgemein gültige, beherzigenswerte Formel: Ohne die Moral der Dozenten kein Wortes der Studenten.

Dr. Otto Häcker.

Stimmung ?

Der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Geheimrat Dr. C. L. Stimming, ist am 30. Oktober eines Unfalls im Alter von 63 Jahren gestorben.

Wie allgemein Stimmung verläuft der Norddeutsche Lloyd seinen besten Mann und die deutsche Wirtschaft einen in schwierigen Zeiten bewährten Führer. Er kommt aus Friedrichsallee 6, d. Cyper, schließt sich der juristische Fachkörper ein und gehört dem Verwaltungsdienst der kaiserlichen Marine an. 1917 trat er zur Verwaltung des Norddeutschen Lloyd über, dessen Vorstandsvorsitzender er 1921 als Nachfolger des Präsidenten Heinen wurde. Er leitete als Nachfolger des Lloyd nach dem Sturz und hat als einer der besten, nicht zuletzt durch das persönliche Vertrauen, das er genoß, eine Ausnahmestellung erlangt.

Erst kürzlich war der Idee der großen deutschen Handelsflotte ergriffen er eine Arbeitsleistung zwischen Hamburg und Bremen, in der Form, daß Bremen Ausgangspunkt der Personenschifffahrt und Hamburg für die Frachtschifffahrt werden sollte. Auf dieses Ziel fixierte er, in scharfer Konkurrenz mit den subventionierten Flotten der anderen schiffahrtlichen Länder, durch die „Rheinbauten“, „Europa“ und „Bremen“ ein. Da dieser Schritt ergaben sich die beiden deutschen Weltläufer fast bis zur Einbahn. Sie fand ihren Ausbruch durch die wirtschaftliche Julion der Hamburg-America-Linie mit dem Lloyd.

Wie weit Stimmung an dem Kampf Bremens gegen Hamburg beteiligt war, wie weit er die Ausdehnungspolitik des Bremer Staates und seines Handelschroder mitunterstützt hat, darüber sind die Älten noch nicht zugänglich. Aber man kann heute schon sagen, daß er alles für die Einbahn hat und noch kein freier Handel der Schiffe und Binnens mit entfernt war. Er war im besten Sinne konfliktuell, da im Rahmen des Möglichen große Chancen für die deutsche Schifffahrt trotz aller ausländischen Invidien, vor allem in der Qualität der Personenerführung. Darum unterstützte er auch die Entsendung des Luftschiffes, finanzierte den Transatlantikflug Hinrichs, Röhrs und Fünze, und baute auf seinen Weltreisenden Ratungsfahrt ein. Es wird immer kein, für ihn einen Nachfolger von gleichen Fähigkeiten zu finden, der die Tradition des Lloyd, vor allem im Gremium der Spag-Lloyd-Verwaltung zu vertreten weiß.

*

Es verläuft, daß Generaldirektor O. Häffel zum Nachfolger Stimmings ernannt werden wird. Häffel gilt als Verehrer der Subventionsideen für Berden und Schiffbau.

*

Richtschlichter Dr. Weiling hat Frau Stimming und ihren Kindern das innige Gefühl der Reichsregierung ausgesprochen.

In Breslau rund ein Fünftel

Nach den Angaben des mittelfränkischen Bezirksverbandes der F. A. D. sind in Breslau rund dreitausend Parteimitglieder zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ übergegangen. Das entspricht etwa 20 % der Breslauer Gesamtbevölkerung, auch der F. A. D. In der Provinz sind Abwanderungen nur in Oels, Ströben und Bietig erfolgt.

Kaval gegen W. J. B. - Ausschuß

Auch Franquiss Konsolidierungsprojekt abgelehnt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 7. NOVEMBER

Die Unterredungen des deutschen Vorkaufmanns von Dech mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem Finanzminister Glavin haben bisher nur zu einer Präzisierung des französischen Standpunktes geführt. Um wesentlich ist es sich — nach den Berichten der französischen Presse — darum gehandelt, Uebereinstimmung über die Auslegung der im Young-Plan vorgesehenen Revisionssanktionen zu erzielen. Bisher beharrt die französische Regierung auf drei Zeitfragen:

Erstens: nach Ablauf des Hoover-Jubiläums muß der Young-Plan automatisch wieder in Kraft treten.

Zweitens: Die politischen Schulden gegen den privaten Schuldner vor. Eine Verbindung zwischen beiden wird abgelehnt.

Drittens: Frankreich muß nach einem provisorischen Arrangement, das die Reparationen sichert, ohne den wirtschaftlichen Kredit Deutschlands ermöglicht zu räumen.

Aus diesen Gründen ist die französische Regierung auch nicht gewillt, auf den deutschen Vorschlag einer erweiterten Kompetenz des Ausschusses der W. J. B. einzugehen, der die Feststellung der allgemeinen Zahlungsfähigkeit Deutschlands zum Ziel haben sollte.

Was Frankreich zuzugelassen bereit ist, erklärt der „Reit Vorkaufmann“ zusammenfassend in der „Erläuterung in den

Befolgen des Young-Planes“. Doch diese Abänderungen der Ziffern dienen die juristischen Prinzipien des im Young-Unterzeichneten ursprünglichen Planes zur Regelung der Reparationen nicht anzuheben.“

Ueber die Partier Verhandlungen des belgischen Ministers Franquiss, die der Konsolidierung der deutschen Restschulden, melbet der „Matin“, der Vorkaufmann zur Gründung einer Internationalen Kreditbank ist nicht angenommen worden. Franquiss habe aber schon einen zweiten Plan vorgelegt, über den noch verhandelt werde.

Der „Reit Vorkaufmann“ melbet aus Washington: die Teile Frankreichs, daß einer Reibution der Reparationen eine entsprechende Verabreichung über die internationalisierten Schulden automatisch folgen müsse, wird in Washington nicht günstig aufgenommen. Wie glauben zu wissen, daß schon bei der Verhandlung zwischen Hoover und Laval die Opposition Amerikas gegen eine gleichmäßige und automatische Verabreichung der Schulden und Reparationen hervortrat. Wenn die Frage der Schuldenermäßigung nach einer europäischen Konferenz über die Reparationen sprudelt ist, werde der Präsident Hoover schließlich beim Kongress die Einföhrung einer neuen Schuldent Kommission beantragen. Jedes interessierte europäische Land müsse dann an die Kommission direkt und besonders einen Antrag um Revision der bestehenden Schuldenverträge richten.

Hat Holland verschwendet?

Rotterdam in Not

Bericht der Vossischen Zeitung

IM HAAG, IM NOVEMBER

Die Nachricht von der drohenden Zahlungsunfähigkeit der Stadt Rotterdam hat in holländischen Wirtschaftskreisen nicht nur nicht überhört, ist es insofern mit einem Geschäftsführer der Stadt Rotterdam, die sich hoch damit einbringen konnte, behält das Gefühl der Verantwortlichkeit, die schließlich — genau wie im Falle Rotterdam's — dadurch abgemindert wurde, daß der Staat einsprang und auf Forderungen der Stadt an den Staat einen erheblichen Vorschuss leistete.

Es handelt sich hier keineswegs um einen Sonderfall. Wenige Tage nach der Bekanntgabe über den schlechten Finanzzustand Rotterdam's mußte die Stadt Rotterdam mit einer gleichen Erklärung in die Öffentlichkeit treten. Dieser Stadtverwaltung war zum 1. November ein kurzfristiges Darlehen von 200.000 Gulden gekündigt worden; die Stadt den Betrag aus eigenen Mitteln nicht aufbringen konnte, behält das Gefühl der Verantwortlichkeit, die schließlich — genau wie im Falle Rotterdam's — dadurch abgemindert wurde, daß der Staat einsprang und auf Forderungen der Stadt an den Staat einen erheblichen Vorschuss leistete.

Die Juridiforderung kurzfristig geliehenes Geldes durch die Großbanken — die selbst im Geldüberfluß schwimmen, aber für künftige Eventualitäten gewappnet sein wollen — hat die Auszahlung der Gehälter und die Einföhrung der letzten Gehälter, behält das Gefühl der Verantwortlichkeit, die schließlich — genau wie im Falle Rotterdam's — dadurch abgemindert wurde, daß der Staat einsprang und auf Forderungen der Stadt an den Staat einen erheblichen Vorschuss leistete.

Auch eine Antwort

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 7. NOVEMBER

Im „Wirtschaftlichen Beobachter“ wendet sich jetzt Erhard Straßer gegen die „Kampfbüro“ der generellen Presse, an die Nationalsozialistischen Fragen zu stellen. Die Fragen des Dramas der Wirtschaftlichen Beobachter des „Deutschens“ wegen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, der Tarifverträge, der Sozialversicherung und der Subventionierung durch sozialreaktionäre Arbeitgeber tut er mit der geschäftigen Erklärung ab: „Der Führer einer freigeizigen Partei lohnt es ab und unter jüngsten einseitigen Parteimitgliedern, erfolgreichen Systems zu beantragen.“

Für Senkung der Lebenshaltungskosten

In einer Verlesung des Wirtschaftsausschusses in Halle (Saale) legt sich Hg. Ernst Demmer mit dem Vertreter des Wirtschaftsministers der Reichsregierung auseinander. Die programmatische Erklärung, die der Wirtschaftsminister in der ersten Sitzung des Wirtschaftsausschusses abgegeben habe, berechtige zu der Erwartung, daß die Vordringlichkeit aller

Maßnahmen zur Senkung der Preise und Lebenshaltungskosten anerkannt werden. Eine Fortsetzung der inflationsbedingten Kaufkraftverminderung könne unter keinen Umständen hingenommen werden. Es müßte eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Überwindung der Wirtschaftskrise sein.

Deshalb müsse man von der Reichsregierung fordern, daß sie ungenügend durch unmittelbare wirksame Maßnahmen in der Vollpolitik eine weitere Preissteigerung verhindere. Die Forderungen enthaltenen ausreichenden Bestimmungen, zum Ende nach von der Reichsregierung auszuwirken der Senkung des Lohns auf alle Konsumgütermaßnahmen, die zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise aufgestellt seien.

Proteste auch in Nordbayern

Die einschneidenden Maßnahmen der Verwaltungsverordnung, die die bayrische Regierung angeordnet hat, haben nicht nur, wie schon gemeldet, in Augsburg, sondern auch in Nordbayern eine lebhafteste Gegenbewegung hervorgerufen. Besonders soll die Kreisregierung von Mittelfranken verurteilt, für sich sein laßend. Die Oberbürgermeister vieler Städte haben bei der Regierung in München folgende Protest eingelegt:

Berliner „Ruminische Zeitung“

Am 1. November ist in Berlin die erste Nummer einer neuen „Ruminischen Zeitung“ erschienen, die monatlich zweimal herauskommt und sich die Förderung der deutsch-ruminischen Beziehungen zur Aufgabe macht.

Reville und Austen

Die Chamberlains

Eine unzählige Reihe von Aristokraten und Standes haben ihren Platz auf der Regierungsbank eingenommen; der weite Weg von William Burghley, unter Elizabeth, vorbei an dem Ceter, Effendine, Carborne bis zu Salisbury, dem Victorien, und Lord Melbourne, dem jetzigen, alle aus der Familie Cecil, führt durch Englands Geschichte.

Die Chamberlains gehören nicht zu den alten, großen und führenden Familien, sie sind ein neues, von Mutter- oder Frauenhand über mit ihnen verknüpft, mit Vorzug mit dem Cecil, Elizabeth mit dem Pitts und Palmerston mit Melbourne; sie sind ein neues Geschlecht. Josephs Weg war mühselig, manchmal sogar peinlich, bis er, nachmaliger Exponent, erst bei den Wahlen, dann bei den Konventionen und noch früher als rebellierender Republikaner, „ganz unendlich“ die große Wendung zum führenden Imperialisten durchgemacht hat.

Joseph war nirgends fest verankert; er, der die Stadt Birmingham im Parlament vertrat und deren Geschichte er Jahrzehnte führte, war Londoner von Geburt. Die Gassen wußten von dem reinen Woll in sie gehörten; sie waren edle Birminghamer, geborene Tories und gehörten zu Jugend an „mit dazu“.

Austen, nur sechs Jahre älter als Reville, wurde schon 1816 Mitglied einer der „Big“ seiner Vaterstadt, Joseph war noch lange nicht auf dem Gipfel seiner Macht und der Höhe seines Wohlstandes. Der alte Joseph gegen Lord Melbourne, „er kann warten“, fand gegen Austen seine Anwendung — man brauchte ihn. Als Joseph das Kabinett verlassen hatte, um die Tarifreform „von außen her“ besser betreiben zu können, wurde der Sohn Schatzkanzler, weil man glaubte, in den Werten in der Hand behalten zu können; Austen sollte die Herbert-Bismarck-Rolle spielen und spielte sie.

Auch Reville, jetzt Schatzkanzler im neuen Kabinett MacDonald, hatte diesen hohen Rang einmal, ganz kurz, im Ministerium Balfour inne. Erst 20 Jahre später als der Bruder, lange nach dem Tode des Vaters, und erst nach dem Sturz, in die Politik eingetreten. Zuerst Kaufmann auf den Bahamas, dann in Birmingham, schlug er die antike und ehrenamtliche kommunale Laufbahn ein, die ihn bis zur höchsten Spitze eines Lord Mayor seiner Vaterstadt führte. In dieser reinen Aristokratie war viel für die Verbesserung der Wohnverhältnisse und die Umgestaltung der öffentlichen Anlagen auf diesem Gebiet wurde vorbildlich für ganz England, ebenso wie seine Gründung der ersten „Stadtbank“. Die Nebenminister der Post und dann der Gesundheitspflege bild weitere Etappen seines politischen Aufstiegs, der ihn jetzt in die vorberühmte Linie gebracht hat.

Austen und Reville sind zweifellos in ihren Anfängen ganz das Produkt der uralten Aristokratie. Aber was sie heute sind und gewesen sind, was den Weg der eigenen Fähigkeiten und ihrer großen Charakterkräfte, die sie vor dem Vater auszeichnen. In noch härteren Ösenlagen zu diesem finstern, wie die Freunde meinen, schon von beinahe „konfessioneller Mäßigkeit“ auf andere; von Joseph konnte ähnliches kaum behauptet werden.

Austen hat immer viel Besorgnis gehabt, und man sprach schon von seinem, dem „Chamberlainischen Bed“. In der Führung der Konventionen, auf die er wohl ein Anrecht hatte, mußte er immer sehr zurückhaltend gegen Austen sein. Austen gegen Bonar Law und schließlich gegen Baldwin; der ihm noch vorzuziehen verließ, „Garter“ hat wenig genügt. Reville, so scheint es, wird das Nennen machen.

Paul H. Emden.

Kalifats-Pläne

Der Exkult Abdul Medschid in Palästina?

Der indische Mohammedanerführer Schaucht Ali — seit dem Tode seines Bruders Mohammed Ali der erste Moslem von internationaler Form, der noch immer nicht den Gedanken an eine Wiederbelebung des Kalifats aufgegeben hat — bemüht sich seit etwa einem Jahr, Palästina zum Kalifatland und Jerusalem zum Sitz des Kalifats zu machen. Von nichts wegen sollte der Kalif natürlich von den Bemühern der heiligen Städte Mekka und Medina gewährt werden — aber dort herrscht Ibn Saud, der nichts von Kalifatsplänen wissen will, und nicht davon denkt, sich von den indischen Mohammedanern in die Regierung seines Landes einzumischen zu lassen.

Schaucht Ali, ein grimmiger Feind Ibn Sauds, Judie daher eine andere „heilige Stadt“ als Sitz für den Kalifen. In der Person des ehemaligen türkischen Kalifen, der nun an der Spitze steht, fand er den passenden Kandidaten. Die englische Arbeiterregierung und die palästinensische Zentralregierung waren diesem Gedanken nicht abgeneigt, von dem sie sich eine Steigerung des türkischen Prestiges im Orient — eine Befreiung der indischen Moslems — und vor allem eine gute Einwirkung auf die jüdischen Mohammedaner versprachen.

Weniger begeistert waren Ibn Saud und die palästinensischen Christen, die von einem Kalifen in Jerusalem ein Aufleben des mohammedanischen Fanatismus befürchteten. Der Vizekönig Jerusalem, in dem es immer noch mehr Christen als Moslems gibt (und mehr Juden als Christen und Mohammedaner zusammen), vermuthet auch nicht als geeignete Residenz des neuen Kalifen. Die Juden würden die letzte Chance auf Konföderierung ihrer Stellung im Heiligen Land verlieren, wenn der Plan Schaucht Alis durchgeführt würde. Auch Frankreich, das Gorgen ganz in Syrien hat, seit König Feisal wieder Anspruch auf den Thron von Damaskus erhebt, fürchtet die Kalifatspläne.

Im stärksten Grad aber misst die Türkei vor. Der türkische Gesandte protestierte in London gegen den Plan,

Studentenprotest in Jugoslawien

Für freie Wahlen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GRAZ, 7. NOVEMBER

Die Belgrader Universitäts hat sämtliche Fakultäten und Institute bis auf weiteres schließt, da die Studenten seit Tagen blutige Krawalle veranstalten. Die Studentenleitung ist hauptsächlich über die Überlieferung der Stadt mit Fingerringen empört, in denen frühere Führer der Opposition als Vaterlandsfeinde bezeichnet und karikiert wurden.

Das von König Alexander gestiftete Studentenheim wurde von den distanzfeindlichen Studenten besetzt und zu Kundgebungen gegen das herrschende Regime, für freie Wahlen und für den Parlamentarismus benutzt.

Prag wartet...

Ueber den Prager Standpunkt in der Frage einer wirtschaftlichen Verbindung der Nachbarstaaten geht uns folgende Darstellung zu:

Die Tschechoslowakei, die im Vergleich zu ihren Nachbarn besser konsolidiert ist, glaubt warten zu können, bis die Initiative der anderen erfolgt. Hier sind nun die Ziele anderen? Ursprünglich nannte man die Staaten der Kleinen Entente plus Oesterreich und Ungarn, eventuell auch Polen. Daran denkt man zunächst nicht mehr. In Betracht kommen nur Ungarn und Oesterreich. Beiden Staaten geht es wirtschaftlich so schlecht, daß sie, wie man annimmt, dort zurecken werden, wo es in Aussicht steht. Hinter der Tschechoslowakei steht Frankreich, der einzige Geliebte.

Aus dem Ziel zur Selbstverwaltung werden, so glaubt man in Prag, die zwei Staaten bereit sein, wichtige Einzelinteressen zu opfern: Ungarn die Restrukturierung Oesterreichs die Anstaltsreform. Natürlich wird man, wie Beneß verkündet hat, nichts ohne die Zustimmung von Paris, Rom und Berlin“ erfolgen, die ja auch notwendig ist, wenn die „Société des nations Danubiennes“ (Donaukonföderation) man hier nicht gegen) auf der Grundlage von Präferenzen entzweit werden soll. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß diese Zustimmung von den drei Staaten in der Weise erzwungen werden soll, daß die Tschechoslowakei die Zustimmung von Paris, Oesterreich seine Zustimmung und Ungarn die Italiens in die Ehe einbringt. Die Zustimmung von Paris ist wohl so gut wie sicher, die Berlins und Roms wird in hohem Maße von den französisch-deutschen und französisch-italienischen Unterhaltungen abhängen. Aus diesem geht hervor, daß Beneß nichts Bestimmtes unternehmen wird.

den türkischen Exultan zum Kalifen auszurufen. Schaucht Ali mußte seinen Plan, den er in Jerusalem feierlich proklamiert hatte, dementieren.

Man weiß nicht, ob der Exultan und Exaltif angewiesen wurde, seine geplante Palästinareise zu unterlassen. Durch die Verlobung seiner Tochter mit dem Sohn des Nizam von Sibirabab, eines der reichsten Männer der Welt, ist sein Prestige wieder gestiegen, und das Spiel ist jedenfalls nicht aufgegeben.

W. v. W.

Keine Autonomie für die Ukraine

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSCAU, 7. NOVEMBER

Im polnischen Gein ist getrennt der Antrag der Sozialisten auf Gewährung einer selbst ausgeübten Verwaltungsaufonomie für die überwiegend von Ukrainern bewohnten Provinzen mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Dafür stimmten außer den polnischen Sozialisten nur die nationalen Ukrainern. Die Antragsteller erklärten, daß sie dieses Abstimmungsresultat entgegen hätten, sich aber für verpflichtet halten, auf sofortige Wenderung der bisherigen Politik gegen die Ukrainer zu bestehen, da jede andere Lösung der Nationalitätenfrage im Osten zu spät kommen würde.

Gegen einseitige Abrüstung Deutschlands

Die VI. Ozeanische Konferenz der Methodistengemeinschaft hat in Atlanta, Georgia, U. S. A. eine Tagung abgehalten, der Vertreter von 15 Millionen Mitgliedern der Methodistengemeinschaft aus allen Ländern teilnahmen.

In den Resolutionen dieser Tagung wird Deutschland besonders herzliche Sympathie bekundet. Die Forderung nach Abrüstung gründet sich auf den Vertrag von Versailles, wonach Deutschlands Aufrüstungen beschränkt wurden, um hierin für alle Völker einen Anfang zu machen. Die Ozeanische Konferenz liebt zu Gott, daß an die Stelle der gegenwärtigen Räte dauerhafter Friede und Brüderlichkeit zwischen den Völkern trete, damit Deutschland, dem die Zivilisation sonst zu verdanken habe, wieder den ihm gebührenden Platz unter den führenden Mächten der Welt einnehmen könne.

Die Polizei, die eingreifen wollte, wurde mit Steinen, Holz und Kohlenfässen beworfen.

Mit Ausnahme über 40 Studenten verhaftet wurden, griffen die Demonstrationen auch auf das Universitätsgebäude über. Der Rektor verfuhr später wegen der Erregung der Studentenschaft die Freilassung der Hauptrednerführer zu erwirken und auch sie sich durch. Trotzdem gingen die Unruhen weiter. Auch vor der französisch-belgischen Post in Belgien wurde von den Studenten demonstriert, die Paris als Rückst der jugoslawischen Diktatur bezeichneten. Mit dem „Röder mit Frankreich“ wurde eine Waffe König Alexander auf dem Pfahle gerichtet.

Auch auf den Universitäten von Gram und Laibach haben Studenten Protestversammlungen gegen König Alexanders Regime abgehalten.

Den ersten Schritt erwartet man von Ungarn, dem es noch um eine etwas schlechter geht als Oesterreich. Außerdem bieten die tschechoslowakisch-ungarischen Geschüßverhandlungen über den Handelsvertrag, die am 9. November in Prag beginnen, die Gelegenheit, sich über manches auszusprechen. Die Initiative muß aber nicht gerade bei dieser Gelegenheit ergriffen werden, der Tschechoslowakei „zill es nicht“.

Es gab eine Zeit, die Zeit der Streifenminister Anbahnungslosigkeit, wo die Bedeutung der Tschechoslowakei für Frankreich geringer zu werden schien. Eine deutsch-französische Einigung würde die Frage Mitteleuropas lösen für Frankreich weniger zeitlich erfordern lassen. Aber alle Prager Gorgen werden durch die deutlichen Nationalisten verdrängt, die jede deutsch-französische Einigung zu hinterziehen suchen.

Mit allen wirtschaftlichen Ideen Beneßs mittelt das Ausland, namentlich das deutsche, irgendwelche politische Konzeptionen. Beneßs Antwort darauf ist uns in Prag bereits gelangig: „So macht man keine Politik! Ich habe keinen Plan! Ich werde mich doch nicht festlegen lassen! Ich habe Ideen, wirtschaftliche, finanzielle, politische; wenn mir ein Kontrakt etwas vorliegt, das unseren Lebensinteressen nicht widerspricht, werde ich es annehmen!“ So oder so ähnlich würde Beneß sprechen. Aber wo bleibt in dieser Konzeption die Kleine Entente? Wird man zu der tschechoslowakisch-österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit auf Jugoslawien und Rumänien einbinden? Der Polen? Polen kommt nicht ernstlich nicht in Betracht. Aber Albanien und Jugoslawien? Verliert nicht die Kleine Entente ihren Sinn, wenn Ungarn sich zu „enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit“ mit der Tschechoslowakei und Oesterreich entschließt? Die Antwort auf diese Fragen wird man nicht sobald finden, aber sie wird, wie ich die Dinge entzünden, einmal gegeben werden.

W. Neumann.

Noch Bundesstaat England?

Auch die Wallonen rühren sich

Die in der letzten Zeit härter und energiegeladener amordene förmliche Agitation in Belgien hat zur Folge, daß auch die wallonischen Kreise sich fertig organisieren und ihre kulturellen Forderungen ausstellen. Kürzlich ist der zweite „Kongress für Zusammenfassung der wallonischen Kreise“, nach dem im vorigen Jahr für die Wallonen Einparlament und Revision der Verfassung verlangt wurde, mit Grundfragen für eine bundesstaatliche Verfassung Belgiens herangezogen. Die belgische Regierung hat auf zwei Verfassungsanforderungen zu rechen, die sich nur langsam unterziehen, als die Flamen Brüssel als Teil des förmlichen Gebietes beizubehalten, während die Wallonen in dem von ihnen ererbten Bundesstaat für die Hauptstadt Brüssel einen selbständigen Verwaltungsbezirk fordern.

Die Neuregung der Sprachenfrage für die belgischen Mittelstaaten ist noch Senat mit 118 gegen 1 Stimme bei 7 Entschlüssen angenommen worden; enthalten haben sich die förmlichen Wallonen, da sie nicht zurückergeben wollten. Von der 150000 Mitglieder starken Partei der belgischen „deutscher Zunge“ werden sich gegen die Neuregung, und erklärt, die Rechte der Deutschen seien mißachtet worden, also vor allem im Gebiet von Eupen, Malmedy und St. Vith.

Rumäniens Vorgehälter

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUKAREST, 7. NOVEMBER

Das Finanzministerium hat ein neues Gehaltsgefälle für öffentliche Beamte herausgegeben, das zwar in Gehaltsstufen umfasst. Die Beamten der ersten Dienstklasse erhalten ein monatliches Gehalt von 3400 Lei (87 RM), die Beamten der niedrigeren Gehaltsstufe 3400 Lei (87 RM). Von diesen Besalgen sind noch die Steuern sowie die Beiträge zum Pensionsfonds zu entziehen.

Arbeitslosigkeit in Palästina

Bei einer Kundgebung israelitischer Arbeitstoler vor Orange-Plantagen, auf denen arabische Arbeiter beschäftigt waren, kam es in der jüdischen Kolonie Hebron zu einem Zusammenstoß zwischen den Teilnehmern an der Kundgebung und der Polizei. Es wurden zwar Personen verletzt, davon fünf schwer.

Märchen für große Kinder

Ein offener Brief an General von François

General der Inf. Dr. h. e. Hermann von François ist der großen Öffentlichkeit nicht nur als erfolgreicher Armee-Korps-Führer aus dem Kriege bekannt, er hat sich auch als Militärschriftsteller und Historiker in anderen Jahren hervorgetan. Um erst-aunächtiger ist der Ernst, mit dem Männer wie François die ältesten Märchen glauben, sobald die Politik zur Diskussion steht.

Sehr verehrte Excellenz!

Als Sie mir neulich am Telefon das bevorstehende Erscheinen Ihres Artikels „Der gefallene Riese“ im „Berl. Bot.“ anfruchteten, sagte ich Ihnen, daß ich ihn mit Interesse lesen und mir ein ganz besonderes Vergnügen machen würde, Ihnen darauf in der mir politisch naheliegenderen Briefe öffentlich zu antworten. Ihr Artikel ist nunmehr gedruckt worden und über folgt meine Erwiderung: Ich möchte zunächst einmal Ihren Standpunkt ganz kurz festlegen: Das Unglück Deutschlands beruhe auf der Verfüllung des Hohlraums, den die Revolution hinterließ, diese beruhe wiederum auf dem Versailles-Vertrag, und der Versailles-Vertrag sei eine Folge des Waffenstillstandes von Compiègne gewesen, der uns so wehres gemacht habe, daß wir nachher jeden Frieden annehmen müßten. Die Schuld an den Waffenstillstandsbedingungen geben Sie „natürlich“ Erzberger und „der (barnals noch nicht vorhandenen) sozialistischen Regierung in Berlin“, welche den als Führer der Kommission nach Compiègne geschickten Oberst von Bülow abschießt und durch Erzberger ersetzt haben soll.

Wenn ich nicht müde, Excellenz, daß Sie als Mitglied absolut nicht fähig sind, auch nur ein einziges Wort über Ihre Überzeugung zu sagen, dann hätte ich Ihnen gegenüber einen letzten Stand, da keine einzige Ihrer Behauptungen den historischen Tatsachen entspricht. Das ist aber gerade das tief Tragische, das ein Mann wie Sie betreiben — es gibt dafür kein anderes Wort — tun muß. Ihnen, die Sie nicht, sondern auch selbst glauben, und daß die Völker, die von der Revolution seit Jahren in die Welt hinausgestoßen worden sind, auch Sie, obwohl Sie sonst ein so kenntnisreicher und produktiver Historiker sind, so unweilen fanden, daß Sie den Will für die Zeitgeschichte des eigenen Vaterlandes völlig verloren haben.

Ein Waffenstillstand ist kein Staatsvertrag, sondern ein Militärrückkommen, es waren die Begebenheiten und nicht die Regierungen, die in Compiègne verhandelten. Die deutschen Soldaten waren empfindlicher ihre Volksmassen vom General-Feldmarschall von Hindenburg und nicht vom Reichspräsidenten, und Hindenburg war es, der den ursprünglich als Führer, der Delegation bestimmten General von Hindenburg durch Erzberger ablösen, sondern noch vor der Abreise dorthin durch Erzberger erlösen ließ. Am übrigen ist es aber völlig gleichgültig, ob Erzberger nun seine Sache gut oder schlecht gemacht hat, denn an dem Ergebnis über die Revolution hat jede Erklärung abgelehnt, hätte kein Mensch von Vordenker bis Vorkämpfer auch nur ein Wort ändern können, denn man hatte eben drüber einen militärischen Schwäche erkannt und war sich der eigenen Stärke wohl bewußt. Der Wille des Waffenstillstandes erfolgte, das kann nicht oft genug wiederholt werden, auf ausdrücklichen telegraphischen Befehl von Hindenburg, der über alle Punkte des Waffenstillstandes von der deutschen Seite ein „Nein“ unterrichtet wurde. Wie also Erzberger für den Waffenstillstand verantwortlich macht, kann keinen militärischen Volkswissenschaftler logischerweise doch nicht von jeder Verantwortung freisetzen!

Wie denn der Versailles-Vertrag messen Sie der Frage, wer das Opfer brachte, die Unterzeichner für das Deutsche Reich zu stellen, eine viel zu große Bedeutung bei, denn die Unterzeichnung erfolgte doch erst nach der Annahme und war ein Ergebnis einer Formelwahl. Selbstverständlich ist der Versailles-Vertrag ein Gewaltfrieden, aber das ist wohl letzten Endes jeder Frieden, aber glaubt jemand, daß Versailles 1866 freiwillig aus dem deutschen Bewußtsein ausschied und auf jene Rechte an Solleisen verzichtete und daß Frankreich uns 1871 Elsaß-Lothringen freiwillig abtrat und 5 Milliarden Franc aus seiner Tasche spendete? Wie ich denn der Vertrag aus den des Reiches Preußen 1866 mit Hannover und Sleswig-Holstein schloß? War das etwa nicht Gewalt? Man wird den Versailles-Vertrag wegen seiner politischen Verbindlichkeit, die besonders bei der Regulierung der deutschen Ökonomie zutage trat, sachlich bewerten, man wird über das Songkongreß von Unternehmern, das sich namentlich bei der Lösung von Wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Städte einbringen, aber man soll nicht immer „formal“ handeln, denn das ist nicht von den Anhängern des „Reiches“ nicht aus, deren größter Führer, Adolf Wolff, in der Zeit des Krieges von der Reichsstaatsbahn vertrieben, daß das siegreiche Deutschland dafür sorgen werde, daß die Gegner die eiserernen Ketten der Milliardenrente durch die Zahlgenosse zu lösen haben würden.

Kriegs-schuldige und Vertriebensglinge sollen die Freiheit haben, die den deutschen Völkern am Boden haben und die das Volk nur deshalb nicht sprengt, weil es durch die „Waffen von Weimar“ verurteilt worden sei, an Witterungsänderung, Witterungsänderung und Bagdasarian zu glauben. Die „Waffen von Weimar“? Ja, ich Sie Ihnen denn völlig entgegen, Excellenz, daß der Locarno-Vertrag, welcher eine feierliche und freiwillige Befestigung der im Versailles-Vertrag festgelegten deutschen Besitztümer enthält, von einem Staatsrecht angenommen wurde, in dem kein Gewaltverbot, wohl aber drei deutsch-nationale Minister sitzen? Ja, Sie Ihnen denn nicht bekannt, daß der Seltsamkeit, der den Krieg als ein unumkehrbares Schicksal, unter dem sich die Welt befindet, und dessen Einwirkungsdauer geschlossen worden ist?

Sie erkennen wenigstens an, daß der Krieg ein nationales Unglück ist, das keiner wünschig, jagen aber weiter, daß niemand Krieges auf die Dauer verhindern könne, und glauben, daß das an der menschlichen Unvollkommenheit liege und erst aufhören könne, wenn Gott den Menschen eine göttliche Seele gegeben haben würde. Ich bin zwar ein völlig gläubiger Mensch, weiß aber jenseit von den Religionen, daß Sie auf dem Glauben beruhen und daß Sie eine positive Einstellung zu Gott umbeugt voraussetzen. Für atheistische Bagdasarian ist der Bagdasarian allein die Religion und er wird natürlich erst verwirklicht werden können, wenn die Menschheit der Völker an die Möglichkeit seiner Neuauflösung glauben wird. Daß es bisher nicht ohne Strafen, auch bzw. abging, denn gegangen wäre es ganz gewiß, ist doch kein Gegenbeweis. Am Altemtum beruhte das ganze Weltanschauung auf der Ebene, in Mittelalter die ganze Strafverfolgung auf der Torte und bis vor 120 Jahren die ganze militärische Disziplin mit der rühmlichen Ausnahme von Frankreich — auf Körperstrafen. Als die Elawere abgefaßt werden sollte, führten die Elawerhändler „das geht doch nicht“, als das Foltern verboten wurde, meinten die Richter, daß es kein Militär mit der Strafschloßes aus sei und als man beim Militär gar die Körperstrafen verbod, da meinten viele alte Vorgesetzte, daß nun das Ende der militärischen Disziplin gekommen sei. Immer sind es die alten „Anterferenten“, die bei jeder Reueung erklären, daß das „nicht ginge“. Es ist durch-

aus natürlich und begreiflich, daß die alten Generale von früher sich mit allen Strafen gegen den Bagdasarian wehren, es ist aber nicht nur natürlich, sondern in der Folge unaussprechlich, daß der Bagdasarian über sie hinweggezogen wird.

Nachdem Sie nun zum Sprechen der Freiheit aufgerufen, hochzuheben Herr General, sprechen Sie von der Weltöffentlichkeit Deutschlands, das ja doch keine Angriffsfläche gegen Frankreich führen könne. Ja, wir stellen Sie sich denn, das Weltöffentlichkeit eigentlich vor? Wie ist es nicht bekannt, daß Kanak in Amerika die Abfertigung mit Rücksicht auf deutsche Geheimniskammern verweigert habe.

Sie fürchten ernstlich einen französischen Angriff gegen uns und fordern Aufzuchtung, falls Frankreich („Feinde“) haben wir seit dem 10. Januar 1920 nicht mehr!!!) nicht sofort auf die Waffen zu greifen, sondern sie aufzuführen, was für Aufzuchtung machen wollten? Sie wissen als erfahrene Meerführer, der Sie in der militärischen Fachliteratur den Staff eines Staffiers haben, besser als irgendeiner, daß man nicht über Nacht aufräumen kann, sondern dazu viel Zeit braucht.

Rein, Excellenz von François, Sie fürchten ernstlich auf keinen Angriff des futuristen Frankreich, Sie fürchten, daß die Abfertigungsförderung vielleicht doch Erfolg haben könnte, weil Sie dann eben nicht aufräumen können und es — ach so gerne — möchten. Hinc illa lacrimae!

Bei aller politischer und sachlichen Gegenwirkung in aufschüttiger persönlicher Beziehung
Ihr sehr ergebener
Dr. Werner Arenth.

Byzanz wird erneuert

Ein künstlerisches Weltereignis

Bericht der Vossischen Zeitung
STAMBUL, 10 NOVEMBER

Die türkische Regierung hat grundsätzlich genehmigt, die einst mittelalterlichen frühbyzantinischen Mosaiken der Hofkapelle von ihrer Zerstörung befreit und der Welt im alten Glanz wiederzugeben.

Die Restaurierung der Mosaiken soll einem halbenhundert Fachmann, dem Wiederhersteller der Mosaiken von San Marco in Venedig, anvertraut werden. Ein tüchtiger Architekt schätzt die Kosten auf 6 Millionen Mark.

Es handelt sich um die bunten Glasfenstermosaik auf Goldgrund, die fast ein Jahrtausend lang, von Justinian bis zur Einnahme Konstantinopels durch die Türken, den Hauptpunkt des ehrwürdigen Gotteshauses bildeten. Die Mosaiken wurden 1453 bei Umwandlung der Kirche in eine Moschee mit Betkissen überdeckt, weil die mohammedanische Religion jede Abbildung von Menschen verbietet. Man kannte die Mosaiken nur durch die alten Beschreibungen, bis der reformfreundliche Sultan Abdul Medjid 1847, vernachlässigter Anregung folgend, die vorübergehende Aufhebung der Bilder und ihre Restaurierung befahl. Der schwedische Architekt Passaf erhielt diesen interessanten Auftrag. Er befreite die Mosaiken der Reihe nach von ihrer Abdeckung, führte die nötigen Reparaturen aus und ließ die Bilder dann schrittweise wieder unter neuer Abdeckung verschwinden. Sicher schönen Serzens, wobei so laute der Befehl des Sultans.

Großartig bedruckte die Mosaiken selbst in einem Werk, das 1862 in London erschien. Der preussische König Friedrich Wilhelm IV. hatte auf die Kunde von der Aufhebung der Mosaiken hin den deutschen Botschafteren Dr. Solzenberg nach Stambul geschickt. Solzenberg's Kundturm „Militärische Bundesrat von Konstantinopel“, das vom preussischen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten

1854 in Berlin veröffentlicht wurde, enthält einige Hofkapellen-Mosaiken in farbiger Wiedergabe.

Die überbleibenden Mosaiken schmückten die oberen Wände und die Stuppen sowie die Bögen über den neuen Türen, die von dem „Mather“ genannten Borraum in das Innere führen. Sie stellen Christus auf dem Thron, die Jungfrau Maria, Evangelisten und Heilige dar. „Das Götter“, so werden die Solzenberg, macht auf den Beschauer einen wunderbar feierlichen Eindruck. Der Goldglanz der vielfach gegliederten Flächen wechelt vom hellsten Gelb bis zum tiefsten Schattenschwarz, stets einen neuen Gegensatz zu den leuchtenden Farben des Ornaments bildend, und dies, bald hell, bald dunkel auf dem wechselnden Grunde sich abhebend, schimmern in den verschiedenen Akzentfarben. Das Auge kann sich an diesem Spiele der Farben nicht laben.“ Für die Aufhebung antiker Mosaikbilder in einer Moschee gibt es das ermutigende Beispiel der berühmten Mariae, der einzigen Charaktere, deren spätbyzantinische Mosaiken seit der Stammburde Wilhelm's II. von 1889 allgemein zugänglich sind. Bisher ist nichts davon bekannt gewesen, daß gläubige Mohammedaner an dem bunten Bilderreich der Vorkammer dieser Moschee Anstoß nahmen. Die Bilder im Inneren der Kirche sind das mohammedanische Gottesdienstraßchen durch bewegliche Säulen den Blicken entzogen. Die Bilder sind in den Beschäftigungshunden aufgedeckt.

Für die moderne Technik bedeutet die Schaffung einer elektrisch betriebenen Hülle der Hofkapellen Moschee sicher keine zu schwere Aufgabe. Die Hülle des Borraums können nach den Erfahrungen mit der Kaiserjimoschee ohne weiteres aufgedeckt werden, zumal Jesus, Maria und die Propheten bei der Mohammedanern als Heilige gelten. Mohammeds Verehrer der Moscheen von Menschen ist durch die Fotographie längst außer Streit gesetzt worden. In den türkischen Städten mindestens finden man kann noch einen Gläubigen, der am alten Bilderwerk befähigt. Heiliger Wiederstand gegen die Aufhebung der Mosaiken ist also nicht zu befürchten.

Dr. Wilhelm Feldmann.

Painlevé in Berlin

Der ehemalige französische Ministerpräsident Painlevé ist in Berlin eingetroffen, um die technischen Institute der Hauptstadt zu besichtigen. Zu seinem Empfang hat sich der französische Botschafter Francois-Bonnet mit Mitgliedern der französischen Kolonie auf dem Bahnhof eingefunden. Painlevé wird von dem Direktor Micholle von Conservatoire des Arts et Metiers und dem Deputierten Spinale begleitet.

Dieses Conservatoire entspricht unseren Abendschulen und soll französischen Arbeitern den Zutritt in höhere Stellen ermöglichen. Die französischen Gelehrten haben in Berlin Vorträge für den Ausbau dieses Instituts zu halten, für die sich Painlevé, der von Gauss aus Mathematiker ist, besonders warm einsetzt.

Antifiktionaler Vaterskandal

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
MADRID, 7. NOVEMBER

In Madrid gab es gestern einen großen Vaterskandal um den Roman des berühmten spanischen Schriftstellers Pérez de Ayala. Der heute sonstiger Bestsellern in Spanien für die Dramatisierung des Stoffes, der das Leben in einer Jesuiten-

schule trägt als Titel den Jesuitenwahrpruch „Ad maiorem dei gloriam“.

Schon vor Beginn der Vorstellung protestierten gegen das Stück eine zweihundert eigens zu diesem Zweck gelungene Zuschauer, welche junge Leute. Im Lauf des Abends kam es im Theater zu ungehörigen Tumulten für und wider, schließlich zu so heftigen Schlägereien, daß eine große Anzahl von Sitten zerschmettert wurde. Erst nachdem heftig der Zuschauerverstoß verhaftet und aus dem Theater entfernt worden waren, konnte der dritte Akt ziemlich ungestört gespielt werden.

Vorher war es viertelstundenlang unmöglich, auch nur einen Satz zu verstehen. Der Beifall am Schluss wurde von wilden Hufen gegen die Jesuiten und den Klerus begleitet.

Haft für die französische Notlandung

Der in London (Paris) notgelandene französische Militärflieger Unterleutnant Picard wurde durch Strafgericht wegen Verboreschens und wegen Verboreschens in die Flugzeugkategorie Verboreschens zu einer Haftstrafe von acht Tagen verurteilt.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wöchentlich — für Rücksendung unverlangt Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Hie Valuta-Monopol
Hie Schutzzoll

Berichte für die Vossische Zeitung

Von der Ostsee bis zum Mittelmeer sind alle Länder Europas durch die Devaluierung des englischen Pfundes vor schwerige Wirtschaftsprobleme gestellt...

A T H E N, 10. NOVEMBER

Die Kapitalabwanderung geht fort

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
FRANKFURT A. M., 7. NOVEMBER

Die deutschen Werke des Kontinental-europäischen Linoleumkonzerns beschäftigen zur Zeit 3000 Arbeiter und Angestellte...

Wie der Zentralverband der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter in einer Zuschrift ausführt, geschieht diese Einschränkung der Betriebe, soweit es sich um Werke in Deutschland handelt...

Diese Zustände haben schon vor Wochen in der Belagschaft des Werkes Maximiliansau starke Beunruhigung hervorgerufen...

Rückflüsse am Geldmarkt

Der deutsche Geldmarkt hat sich nach Überwindung des Ultimatums ziemlich schnell verflüssigt. Tagsgeld für erste Nehmer wurde heute im allgemeinen mit 8 1/2, verzinste Leihgelder mit 10 bis 12 Prozent...

Aktien im Freiverkehr erholt

An Stelle des gestrigen Angebots, das in den Nachmittagsstunden besonders von Süddeutschen her erfolgte, trat heutiger Freiverkehr von Büro zu Büro auf fast allen Marktgebieten einige Nachfrage...

Fest fest

Die Pariser Börse, die heute zum ersten Male auch während des Sonabends arbeitete, eröffnete die Wintersonne mit einer ausgesprochenen Hausbewegung...

So läßt Rußland denn auch schon in der Presse vernehmen, daß es seine Transitabgabe von Riga nach Ravaul zu verlegen denke...

Wie lange noch Linoleum-Rätsel?

keinerlei Handhabe geboten, um dieses Ziel in Verhandlungen mit dem Konzern zu erreichen...

Ferner teilt der gleiche Zentralverband mit, daß im Oktober 1931 ein Ingenieur des holländischen Werkes Krommenie nicht nur die Einrichtungen des Werkes in Maximiliansau auf das genaueste studiert habe...

Paketwechsel bei der Berliner Handelsgesellschaft

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist bei der Berliner Handelsgesellschaft ein bedeutsamer Aktienpaketwechsel vor sich gegangen...

und -rezepten die in Maximiliansau ausprobiert worden waren, soll allgemein üblich sein. Die direkte Folge dieses Auftritts war die Stilllegung der deutschen der Firma M. M. Warburg u. Co. einen Posten der Anteile der Berliner Handelsgesellschaft erworben...

Fransische Industriewerte folgten etwas zögernder der allgemeinen Aufwärtsbewegung. Young-Anleihe, die in den letzten Tagen wesentlich gestiegene Umsätze zu verzeichnen erzielte...

Neue Russengeschäfte

Vorverhandlungen haben begonnen

Heute vormittag haben zwischen einer russischen Delegation unter Führung des stellvertretenden Volkskommissars Pjatakoff und maßgeblichen Vertretern der deutschen Wirtschaft über die künftige Gestaltung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen Beratungen stattgefunden...

Die russische Partei befindet sich insofern in einer ähnlichen, jedoch komplizierteren Lage als Deutschland, als die Russen immer stärkeren Erschwerungen ihres Exportes durch protektionistische Maßnahmen anderer Länder ausgesetzt sind...

Abföhrungszwang für Auslands-Effekten in Deutschland. Die bevorstehende Abföhrung der Dividenden wird, wie der 'Voss. Zig.' aus Wien gedriekt wird, voraussichtlich den Anmelde- und Abföhrungszwang nicht nur auf Gold und ausländische Münzen ausdehnen...

Berliner Kraft und Licht-G.V. verlegt. Die auf den 20. November eberufenen G.V. ist auf den 2. Dezember verlegt worden...

Wirkungen auf den Absatz

R I G A, 10. NOVEMBER

Zwei Wege geht die lettische Regierung in ihren Notverordnungen. In dem einen besteht die Erhöhung der Goldwährungs des Lat, hie und intakt über die Krisis hinwegzubringen: Schutzzölle und Einfuhrkontingente...

Diese notwendigen Vorsichtsmaßnahmen des Staates gehen zu einem großen Teil auf Kosten der Privatwirtschaft, die die auf sich habende Verluste in diesem Verhältnis Resto ihrer Existenz fuhrt...

Auf die einschneidenden Notmaßnahmen der lettischen Regierung reagiert vor allem Rußland-helfig. Die wirt-

Heinrich Schüssler komponierte in der Villa Maroni...

Ein Künstler, der den internationalen Durchbruch übertraf...

Der Fall Dorette wird sich durchziehen...

Konflikt Sigrid Oegin - Städtische Oper...

Pallenberg-Premiere in Wien...

Der Kampf in der Bühnensozietät...

25mal „Goldene Liebe“...

„Du weidst wie ein Stint!“ rief er wütend...

„Warum sollte ich dir meine Braut geben?“

„Ein Gefäß wirst du, wenn du sie gibst“...

„Du weidst nicht, was ein braunes Mädchen ist“...

„Du und ich sind nicht zu trennen“...

„Du und ich sind nicht zu trennen“...

„Wäre ich nicht?“ fragt Rippmann lächelnd...

Hauptmann-Uraufführung bei Reinhard...

Jacob Wassermann hat seine Novelle „Luzarbio“...

Thekla Lingen t. Nach langen Jahren ist heute in ihrer...

Abserg auf dem Katherer...

Soziologie des Wissens? Der Lehrstuhlinhaber...

Konzentrationsforschung von Metallen...

„O du Mädchen“, sagt Rippmann verwirrend...

„Du bist feig!“ sagt sie und tritt beiseite...

„Wie hübsch!“ ruft Rippmann...

„Denk nichts Schlimmes!“ sagt Rati...

„Morgen“, fragt Rati, aufmerkamer werdend...

„Morgen“, sagt Rippmann...

„Morgen — ist das nicht zu schnell?“

„Allo in einer Woche?“ fragt Rippmann.

Kombinationen von Liebermannellen mit dem Meinotamen...

Premierspiegel. Am Montag geht in Zuffelitz...

Am Donnerstag der Bühnenabend der Staatsoper...

Kein Rücktritt Schneiderhaus...

Oper am Sonntag und Montag...

Rati kann nach und sagte dann...

Rippmann nicht.

„Der Otel gefällt dir gut, Rati?“

Rippmann freute über die Haare und sagte:

„Du großer Gott“, rief Rati erregt...

„Rati, sag Rippmann lächelnd...“

„Rati, sag Rippmann lächelnd...“

„Rati, sag Rippmann lächelnd...“

Festlegung morgen in der Sonntag-Ausgabe

